
Francia. Forschungen zur westeuropäischen Geschichte
Herausgegeben vom Deutschen Historischen Institut Paris
(Institut historique allemand)
Band 20/3 (1993)

DOI: 10.11588/fr.1993.3.58770

Rechtshinweis

Bitte beachten Sie, dass das Digitalisat urheberrechtlich geschützt ist. Erlaubt ist aber das Lesen, das Ausdrucken des Textes, das Herunterladen, das Speichern der Daten auf einem eigenen Datenträger soweit die vorgenannten Handlungen ausschließlich zu privaten und nicht-kommerziellen Zwecken erfolgen. Eine darüber hinausgehende unerlaubte Verwendung, Reproduktion oder Weitergabe einzelner Inhalte oder Bilder können sowohl zivil- als auch strafrechtlich verfolgt werden.

zung einer deutsch-französischen Nuklearkooperation mit Franz-Josef Strauß, erfährt der Leser leider nur wenig, da Chaban bestreitet, »avoir jamais abordé avec ... [Strauß] les questions nucléaires« (S. 260). Um so ausführlicher, wenngleich ohne Klärung des umstrittenen Sachverhaltes, behandeln die Autoren Chabans Rolle im Mai 1958. Die entscheidende Frage, in welchem Maße Léon Delbecq, seine berühmte »antenne algéroise«, auf seine Anweisung hin bei der Organisation der Demonstrationen im Frühjahr agierte, bleibt zwar offen, es wird jedoch klar, daß Chaban zwei Eisen im Feuer halten wollte, »un pied dans la légalité, un pied dans la subversion« (S. 255).

Es war wohl entgegen anderslautender Vermutungen der Autoren auch dieses Doppelspiel Chabans, das de Gaulle dazu veranlaßte, ihn nach dem Machtwechsel zunächst unter »quarantaine« zu setzen (S. 260) und – freilich vergeblich – im November 1958 seine Wahl zum Parlamentspräsidenten zu vereiteln. Seinem eigenen Selbstverständnis als 4. Mann im Staat gemäß bescheidet sich Chaban auf dem »perchoir« keineswegs mit protokollarischen Pflichten, bemüht sich vielmehr aktiv, seine politischen Überzeugungen wie etwa jene von der »domaine réservé« (S. 273) durchzusetzen. Signalisiert er damit bereits zukünftige Ambitionen?

Tatsächlich meldet er im Oktober 1963 seine Kandidatur zum Regierungschef an. Doch er de Gaulles Nachfolger Pompidou sieht sich genötigt, ihn zum Premierminister zu ernennen, weil er »avait besoin d'une caution gaulliste« (Maurice Schumann S. 342). Schon bald aber wird ihr Verhältnis von Chabans politischen Plänen getrübt. Insbesondere der unter dem Motto »Vers une nouvelle société« stehende Wunsch einer Modernisierung der Gesellschaft stößt auf den Widerstand des Präsidenten. Nachdem sich Pompidou immer stärker darum bemüht hatte, seinen Kontrahenten zu marginalisieren, gibt Chaban nach einer von Skandalen geschüttelten »année terrible« (S. 411) schließlich am 5. 7. 1972 auf und zieht sich nach Bordeaux zurück. 1973 verzichtet er auf die Rückkehr ins Hôtel Lassay und verspielt damit wohl seine politische Zukunft. Als er 1974 im Kampf um die Nachfolge Pompidous seinen Hut in den Ring wirft, stehen die stärkeren Kräfte auf der von Chirac geschickt geführten Seite Giscard d'Estaings. Mit dessen Wahl erlebt die Geschichte Frankreich eine Zäsur, weil die bisher gültige »majorité sans alternance« zerstört war. Für Chaban bedeutet sie das Ende seiner politischen Träume, zumal Premierminister Chirac sich im Dezember 1974 auch als Generalsekretär der UDR durchzusetzen vermag. Chaban bleiben nur noch seine Posten in der Provinz und ab 1978 die Rückkehr auf den »perchoir«. Zehn Jahre später beendet er eine Karriere, die ihn zum Archetyp des französischen Berufspolitikers werden ließ.

Ulrich LAPPENKÜPER, Bonn

Jean-Michel BELORGEY, *Le Parlement à refaire*, Paris (Gallimard) 1991, 201 S.

Die V. französische Republik gilt als »ein dunkler Fleck auf dem optimistischen Bild der parlamentarischen Regierung, das sich für die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg im allgemeinen zeichnen läßt« (Klaus von Beyme), hat doch das Parlament – die direkt gewählte Nationalversammlung und erst recht der indirekt gewählte Senat – bisher im politischen Prozeß nur eine marginale Rolle gespielt. Der Insider-Bericht Belorgeys, sozialistischer Abgeordneter und Vorsitzender des Ausschusses für kulturelle und soziale Angelegenheiten in der Nationalversammlung, bestätigt und beklagt diesen Befund. Er stellt gravierende Defizite fest bei der Wahrnehmung der drei Funktionen, die das Parlament insgesamt und der einzelne Parlamentarier zu erfüllen haben: der Gesetzgebung, der Kontrolle und der »Vermittlung« (zwischen dem Bürger und dem Staat). Besonders augenfällig ist die weitgehende Entmachtung des Parlaments bei so entscheidend wichtigen Problemen wie dem Staatshaushalt und dem Sozialbudget, denen Belorgey eigene Kapitel widmet.

Die Reformvorschläge des sozialistischen Abgeordneten, die zu einer Aufwertung des

Parlaments und vor allem des einzelnen Abgeordneten führen sollen, erfordern meist keine – nur schwierig und langwierig zu bewerkstellende – Verfassungsänderungen: u. a. soll der Abgeordnete »verfügbarer« werden für seine Aufgabe durch ein Verbot jeglicher Mandatskumulierung, sein Initiativrecht soll gestärkt, seine Arbeitsmittel sollen verbessert, die Fraktions- (bzw. Partei-) Disziplin sollte gelockert werden; dem Parlament müßte mehr Zeit gegeben, die Plenardebatten sollten reformiert und erneuert werden ... Aber auch diese Reformvorschläge würden die Gesamtstruktur der V. Republik erheblich verändern: nicht nur würde das Übergewicht der Exekutive abgeschwächt, sondern der französische Parlamentarismus drohte zurückzufallen in die unorganisierten, quasi-anarchischen Formen der III. und der IV. Republik mit den bekannten Konsequenzen (politische Instabilität, unzureichende Handlungsfähigkeit und Effizienz der Regierung ...).

In Belorgeys Bericht bricht immer wieder das – bei einem Abgeordneten der damaligen Regierungsfraktion besonders starke – Unbehagen am Mehrheitsparlamentarismus, der in disziplinierte Fraktionen strukturiert ist, durch. Auch wenn er wiederholt die Notwendigkeit und die Bedürfnisse einer stabilen Regierung betont, so ist die Nostalgie nach einem Parlamentarismus, in dem der einzelne Abgeordnete noch nicht durch die parteienstaatliche Entwicklung in erheblichem Ausmaß »entmündigt« war und in dem die Mehrheitsfraktion(en) noch nicht durch die Loyalitätspflicht gegenüber der Regierung in ihrer Handlungs- und Kontrollfähigkeit gelähmt waren, doch unüberhörbar. Ob diese Sehnsucht nach der »goldenen Zeit« des Parlamentarismus die nötigen Reformen am System der V. Regierung orientieren kann und soll, muß freilich sehr bezweifelt werden.

Adolf KIMMEL, Würzburg

Pierre BÉHAR, Du I^{er} au IV^e Reich. Permanence d'une nation, renaissances d'un état, Paris (Editions Desjonquières) 1990, 190 S.

Normalerweise würde ein solches Buch, das keinerlei Bibliographie und kein Register hat und – dies ist ja eher positiv zu vermerken – nur sehr wenige Anmerkungen, in dieser Zeitschrift nicht besprochen. Der Grund für eine Besprechung ist, daß das Werk symptomatisch für eine relativ weit verbreitete Art ist, in der man sich in Frankreich mit Deutschland beschäftigt, vor allem nach der Vereinigung. Es wird wieder mit Geopolitik gearbeitet, das recht unpräzise Konzept »Mitteleuropa« feiert fröhliche Urständ, Geistesgeschichte wird wieder zur »Histoire« avec un grand »H«, der deutsche Wald wird wieder zum Raunen gebracht, teils auf höherem, teils auf recht niedrigem Niveau wie hier.

Historisch genau geht's hier jedenfalls nicht zu: da der Begriff »Nation« und seine Entwicklungsstadien nie definiert werden, ist es nicht verwunderlich, daß es zwischen Deutschland und Italien im Mittelalter einen »Nationalismus« gibt (S. 23), Deutschland (was ist das eigentlich damals?) hat im 10. Jh. keine »natürlichen Grenzen« (ein Konzept des späten 18. Jh.) und kann deshalb keine Zentralisierung entwickeln (S. 15). Mit dem Imperialismus geht's uns ähnlich: »Le peuple allemand n'est pas (...) plus imperialiste que ne l'était avant lui le peuple romain ou que ne le seront après lui les Espagnols sous Philippe II, les Français du Grand Siècle etc. ...« (S. 21). Dergleichen hätte nicht einmal Lenin zu schreiben gewagt oder Vertreter der Komintern in ihrer großen Zeit; mit denen ist sich jedoch Béhar einig darüber, daß Wilsons Völkerbund und die UNO imperiale Instrumente der USA sind, die an den Staat Ottos des Großen erinnern (ebda.).

Anschließend wird Völkerpsychologie getrieben: die Völker, die erst kürzlich ins Konzert der Nationen eingetreten sind, seien so jugendlich naiv (sic!), alte, verlorene Ideale (sic!) verwirklichen zu wollen (ebda.).

Die große geopolitische Obsession Béhars ist der Limes. Die Sprach-, Kultur- und Religionsgrenze scheidet das heidnisch gebliebene germanische Volk vom römischen Chri-